



Seite 1

Mit dem Anbruch der kalten Jahreszeit stellt sich in den grossen Schweizer Städten auch dieses Jahr das Obdachlosenproblem erneut mit aller Härte. Die momentane Wirtschaftskrise und die damit verbundene Neue Armut stellt die Sozialdienste vor zusätzliche Probleme. (Foto: Keystone)

Seite 3

Schweizer Städte helfen ihren Obdachlosen

## Opfer der Wirtschaftskrise

Mit dem Anbruch der kalten Jahreszeit stellt sich auch dieses Jahr in den grossen Schweizer Städten erneut mit aller Härte das Obdachlosenproblem.

Bern (sda). Nach den teilweise katastrophalen Vorjahren in Zürich und Bern haben die Behörden der grösseren Städte die Initiative ergriffen, um in diesem Winter den dringendsten Bedürfnissen der Obdachlosen zu begegnen. Die momentane Wirtschaftskrise und die damit verbundene Neue Armut stellt die Sozialdienste aber vor neue Herausforderungen.

In den vergangenen Jahren ist vor allem in den grösseren Agglomerationen das Obdachlosenproblem gewachsen. Zu den traditionellen «Clochards» gesellen sich mehr und mehr Junge am Rande der Gesellschaft sowie Drogenabhängige. Vermehrt sehen sich die Sozialdienste aber auch mit den Opfern der Wirtschaftskrise konfrontiert, mit Leuten, die finanziell nicht mehr über die Runden kommen und denen längerfristig geholfen werden muss.

Verlässliche Zahlen über Obdachlose gibt es nicht. In den Städten werden solche Register nicht geführt. Aufgrund von Angaben von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern muss jedoch mit Tausenden von Menschen gerechnet werden, die sich keine feste Bleibe mehr leisten können. Über 400 sollen es in Basel sein, fast gleich viel in Bern und Zürich, zwischen 80 und 120 in Luzern und an die 60 in Genf.

Erstmals verfügt die Stadt Zürich in diesem Winter über genügend Betten für Obdachlose. Dies deutet aber nicht auf rückläufige Zahlen von Obdachlosen, sondern auf ein verbessertes Angebot an Notschlafstellen, hiess es beim Zürcher Sozialdienst. Auch in Basel scheint der Sozialdienst für die kalte Jahreszeit gewappnet zu sein und über genügend Betten zu verfügen, um seinen Obdachlosen wenigstens vorübergehend ein Dach über dem Kopf zu bieten.

In Genf können an die 30 Obdachlose bei der Heilsarmee vorübergehend unterkommen. In den vergangenen Tagen hingegen reichte das Angebot nicht

mehr aus. Die Genfer Stadtverwaltung stellte deshalb ein von einem wohlhabenden Paar betreutes Zivilschutzzentrum mit 30 Schlafplätzen zur Verfügung. In Lausanne wurde eine Notschlafstelle mit etwa 20 Plätzen eröffnet.

### Kleinere Städte nicht verschont

Aber auch kleinere Städte bleiben vom Obdachlosenproblem nicht verschont. In Freiburg gibt es deshalb seit verganginem Winter eine Notschlafstelle mit 8 Betten, die den rund einem Dutzend «anerkannten» Clochards zur Verfügung stehen. Diese wird aber – was ein Sonderfall ist – von den Benützern autonom geführt, die dort keine Drogensüchtige dulden wollen. Seit Oktober können «Drögeler» aber in einem zentralen «Sleep-in» mit 18 Schlafplätzen vorübergehend unterkommen.

Sogar Neuenburg, wo es offiziell keine Obdachlosen gibt, stellte zwei Notherbergen auf die Beine. Eine ähnliche Einrichtung existiert auch in La Chaux-de-Fonds. In Biel gibt es ein «Sleep-in» für Frauen mit 10 und einen für Männer mit 25 Betten.

Seite 3

## Grosser Rat verabschiedete den Staatsvoranschlag 1993

# Gegen den Willen der FDP-Fraktion

Mit 79 zu 14 Stimmen bei 13 Enthaltungen hat der Grosse Rat gestern am Schlussstag der November-Session das Staatsbudget 1993, das ein Finanzdefizit von 158,7 Mio. Franken vorsieht, verabschiedet. Die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion stimmte dabei nein oder enthielt sich der Stimme, weil ihre Anträge zur Verbesserung der Kantonsfinanzen zuvor abgelehnt worden waren.

(az) Nun ist es endlich unter Dach, das vieldiskutierte, kritisierte und oft abgeänderte Budget 1993 des Staates. Bei vorgeschenen Einnahmen von 1,61

### GROSSER RAT

Mrd. und Ausgaben von 1,77 Mrd. wird der Staat im kommenden Jahr voraussichtlich 160 Mio. Franken mehr ausgeben als einnehmen. Weil der Voranschlag der Vermögensveränderungen einen Ertragsüberschuss von fast 109 Mio. Franken vorsieht, wird mit einem Gesamdefizit von 49,77 Mio. Franken gerechnet.

Nicht einverstanden mit diesem Budget war die FDP-Fraktion. Wie ihr Sprecher *Sylvestre Moret* gestern ausführte, ist die FDP enttäuscht, dass ihre Anträge zur Sanierung der Staatsfinanzen nicht angenommen wurden.

Gegen den Staatsvoranschlag 1993 ist die FDP jedoch auch, weil die vorgesehene Kürzung des Teuerungsausgleichs für das Staatspersonal (terminliche Verzögerung) nach ihrer Ansicht vermutlich illegal ist, weil der Bestand des Staatspersonals weiterhin systematisch erhöht wird, weil die zunehmende Staatsverschuldung zu Lasten der künftigen Generationen geht, weil die Steuereinnahmen zu optimistisch geschätzt wurden und weil die Mehrheit des Staatsrates die wirtschaftliche Realität nicht zur Kenntnis nehmen will.

Gegen solche Vorwürfe wehrte sich allerdings Finanzdirektor *Félicien Morel*, welcher der FDP-Fraktion zu verstehen gab, dass die Regierung gewillt sei, eine antizyklische Politik zu betreiben, und deshalb im Budget 1993 die Investitionen erhöht habe. «Der Staatsrat will den Freiburger Unternehmen Arbeit geben. Auch wenn sich die FDP dabei beklagt, bin ich jedoch sicher, dass sich die Freiburger Unternehmen freuen werden», entgegnete Morel den Kritiken von Seiten der FDP.

### Zivilschutz contra Suchtprävention

Einige Diskussionen löste gestern in der Budgetdebatte ein Antrag von *Brigitte Clément Oberson* (sp., Montagny-la-Ville) aus. Sie wollte, dass der Freiburger Suchtpräventionsstelle «Release» 1993 ein um 31 000 Franken höherer Betrag zukomme als im Budget vor-

geschen, damit diese Stelle auch in Zukunft ihre wichtige Aufgabe voll wahrnehmen könne. Um diese zusätzliche Ausgabe zu decken, schlug sie vor, drei Instruktor-Kurse des Zivildienstes für einen Betrag von 57 000 Franken zu streichen. «Lieber nichts tun, als etwas Unnützlich», meinte sie zu ihrem Antrag.

Unterstützung erhielt sie von ihren Parteikollegen *Erwin Jutzet*, *Eveline Krauskopf* und *Dominique Corninboeuf*. «Es gilt, ein Zeichen zu setzen», verteidigte *Erwin Jutzet* den Vorstoss von *Brigitte Clément*, zumal er als Anwalt tagtäglich mit dem Drogenproblem konfrontiert wird und sieht, wieviel Leid diese Geissel über Familien und Dorfschaften bringe. Andererseits vertrat er die Ansicht, dass die Zivilschutzkurse oftmals ein Leerlauf seien, wie er selber erfahren musste.

Im Namen der CVP-Fraktion bekämpfte *Elmar Perler* diesen Antrag. Und auch Baudirektor *Pierre Acby* musste sich dagegen wehren, auch wenn er viel Sympathie für den SP-Vorstoss aufbrachte und die Arbeit des «Release» wie *Elmar Perler* zu würdigen wusste. «Es wäre aber ein Trugschluss, die Zivilschutz-Instruktion abzubauen», meinte er, zumal die Anzahl Instruktor-Kurse im Budget 93 bereits von 25 auf 20 reduziert worden sei. Er wies darauf hin, dass im Armceitbild 95 dem Zivilschutz andere Aufgaben zugewiesen werden: Hilfeleistung bei Katastrophen, bei Erdbeben wie auf dem Moléson, bei Umweltverschmutzungen usw. Um diese neuen Aufgaben wahrnehmen zu können, müssen sich nach seiner Ansicht die Instruktor weiterbilden. Weiter rief er in Erinnerung, dass der Staatsrat diesem neuen Leitbild bereits Rechnung trage und deshalb seine Subventionspolitik bezüglich Bau von Schutzplätzen entsprechend angepasst habe. Mit 53 zu 39 Stimmen bei 20 Enthaltungen wurde der Antrag von *Brigitte Clément* denn auch abgelehnt.

### Notschlafstelle «La Tuile» - hoffen auf «Loterie romande»

In der Debatte über das Budget der Gesundheitsdirektion musste Staatsrätin *Ruth Lüthi* auf eine Menge von Fragen Auskunft erteilen. Sie ging dabei mit *Rolf Dietrich* (esp., Schmitten) einig, dass die 4500 Franken, die der Staat der neuen Notschlafstelle «La Tuile» gewähre, herzlich wenig sei. Sie äusserte sich aber zuversichtlich, dass die «Loterie romande» 50 000 Franken für diese Institution freimachen könne, um das Überleben zu garantieren. Die Gesundheitsdirektorin richtete jedoch auch einen Appell an die Gemeinden, dieser Institution wie auch dem «Tremplin», dem «Release» usw. finanziell zu helfen, zumal die Fürsorge vorwiegend Aufgabe der Gemeinden ist.

Auf eine Anfrage von *Marie-Louise Rudaz* (evp., Düdingen) vertrat *Ruth Lüthi* die Ansicht, dass die Schuler-Krankenversicherung weiterhin ihre Daseinsberechtigung habe. Gemäss ihren Ausführungen sind die Ansätze dieser Kasse tiefer als jene der andern offiziellen Krankenkassen. Weiter ist sie auch aus Konkurrenzgründen will-

kommen. Der Staatsrat ist jedoch nicht bereit, 5 Mio. Franken an den Ausgleichsfonds zu leisten, wie dies der Bundesrat verlangt hat. Eine Lösung sieht sie über eine Zusammenarbeit mit einer anderen Krankenkasse.

Mit dem Paraplegiker-Zentrum *Nottwil* hat der Kanton Freiburg kein Abkommen, weil der Staat 200 Franken pro Tag entrichten musste, lässt sich dort ein Freiburger pflegen. Im Bürgerspital Basel hingegen kostet ein Tag 30 Franken. Allerdings dürfte dieser Ansatz demnächst auch erhöht werden, so dass *Nottwil* inskünftig ebenfalls für den Kanton Freiburg in Fragen kommen könnte.